





Jahrgang 21 | Ausgabe 2 | Oktober 2020

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch fünf Monate nach unserer letzten Lupe steckt die Welt weiterhin tief in der Corona-Krise, und ein Ende scheint immer noch nicht absehbar. Nach der ersten schwierigen Phase mit Lockdown hat das Leben in unserer Samtgemeinde nun eine neue Normalität gefunden. Die Vorgaben der Bundesregierung zur Eindämmung der Krankheit, die Disziplin der Bevölkerung und die vielen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft haben aber die schlimmsten Befürchtungen nicht wahr werden lassen.

Auch in der Kommunalpolitik fanden ab Mai wieder die ersten Sitzungen statt. Manche Entscheidungsfindung hat sich allerdings durch den Corona-Ausnahmezustand im Frühling merklich verzögert. Zwar sind wir heute immer noch von der "alten" Normalität ein ganzes Stück entfernt, aber wichtige Diskussionen finden wieder statt.

Auch wir von der SPD in der Samtgemeinde Aue wollen die politische Diskussion wieder vorantreiben und beleuchten einige politische Themen. Die aktive Gestaltung unsere Zukunft erscheint uns in diesen Tagen sogar wichtiger als zuvor. Und hier geht es nicht nur um die vermeintlich großen politischen

Themen, sondern auch um die kleinen Dinge, die unseren Alltag oft sehr unmittelbar berühren.

In dieser Lupe finden Sie beides, Anmerkungen zu zehn Jahren Samtgemeinde Aue und ein Interview zum Stand in Europa. Wir behandeln auch die neuesten Entwicklungen in der Diskussion um die KiTa-Situation in unser Samtgemeinde und diskutieren die Straßenausbausatzung.

Wir wünschen Ihnen beim Lesen viele interessante Einblicke und freuen uns über Ihre Rückmeldungen. Eine lebhafte politische Diskussion ist aus unserer Sicht das beste Mittel um Verschwörungstheoretikern und rechten Tendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir wollen Zukunft gestalten und glauben, dass Solidarität und Zusammenhalt die wichtigsten Bausteine hierfür sind.

Ihr Philipp Ebeling



10 Jahre Samtgemeinde Aue – Anmerkungen eines Zeitzeugen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zehn Jahre ist die Samtgemeinde (SG) Aue nun alt und seit zehn Jahren hört man aus einem Teil der Samtgemeinde nur das Wehklagen, man sei Opfer. Oft geschieht dies auch über schlecht recherchierte Artikel in Lokalblättern, die alles, aber sicher nicht objektiv sind.

Dem Zeitzeugen stellt sich die Frage, ob wirklich alles so schlecht ist oder bewusst nur schlecht geredet wird? Der Verfasser dieses Artikels war sowohl in der Vorfusionszeit als auch direkt an den Fusionsverhandlungen beteiligt, andere kennen die Dinge nur vom Hörensagen. Dieser Artikel ist darauf ausgerichtet, Fakten zurück in eine aktuell wieder laufende Diskussion zu bringen, die mancher augenscheinlich verdrängt hat.

Rückblick

Sowohl zu Zeiten der Samtgemeinden Bad Bodenteich und Wrestedt, als auch heute in der SG Aue saßen und sitzen Vertreter der CDU mit einer satten Mehrheit in der "Regierung". Sie entscheiden mit ihrer Mehrheit über den Kurs in der SG Aue und geben damit die Richtung vor. In den meisten Gemeinden stellt sich die Situation ebenfalls so dar. Hier und dort regierte und regiert die CDU mit den Freien Wählern.

Fazit: Wenn heute von Seiten der CDU Kritik an den Entscheidungen innerhalb "ihres Gebietes" fällt, dann kritisiert man sich selbst und kann daher weder Opposition noch Verwaltung in die Verantwortung nehmen.

 \dots lesen Sie weiter auf Seite 2 \dots



Rathaus der Samtgemeinde Aue

Vor den Fusionsverhandlungen

Die damalige SG Bad Bodenteich hatte sich, bevor sie sich an die damalige SG Wrestedt wandte, bei der SG Rosche bezüglich einer möglichen Fusion vorgesprochen und wurde dort höflich aber bestimmt abgewiesen. Jedenfalls berichten dies beteiligte Ratsmitglieder.

Erst nach Rosches "Nein Danke" wurden dann Gespräche mit der Wrestedter CDU aufgenommen. Die Gemeinden Wrestedt, Wieren und Stadensen waren zu der Zeit schon auf dem Weg zum Zusammenschluss zur Einheitsgemeinde.

Die Fusionsverhandlung

Kurz und schmerzlos ohne weitere Erörterung wurde die Fusion von der CDU und den beiden CDU-nahen Samtgemeindebürgermeistern für alternativlos erklärt. Einwände von der SPD und den Grünen wurden mit großer Mehrheit einfach verworfen. Alternativlos war auch die Organisation als Samtgemeinde, obwohl doch die Einheitsgemeinde die sparsamere Version gewesen wäre.

<u>Motto</u>: Nur die CDU weiß wie es geht. Daher ist sie bis heute auch für die Umsetzung verantwortlich.

Der Name Aue

Die Umbenennung in Samtgemeinde Aue erfolgte auf Vorschlag der Bodenteicher Politik. Die Namensnennung der beteiligten Kommunen wurde ausdrücklich verworfen. Beschwerden dazu bitte an die CDU.

Der Zukunftsvertrag

Die Ausgestaltung des Zukunftsvertrages wurde von den Samtgemeindebürgermeistern in Absprache mit den CDU-Verbänden verhandelt. Einwände, insbesondere die der Wrestedter SPD, wurden ignoriert. Einer Legende nach soll eine weißhaarige Bodenteicher Persönlichkeit dazu die guten Beziehungen in die Landeshauptstadt gepflegt haben. Kritik dazu also bitte auch direkt an die CDU.

Wrestedt bereichert sich

Ein Vorwurf, der dümmer nicht sein kann! Ja, es gab Unterschiede. Wrestedt hat sich soweit möglich um den Erhalt seiner Infrastruktur gekümmert. In Bad Bodenteich hat man mit deutlich mehr Aufwand (Schulden) den Ausbau von Freizeitangeboten finanziert. Grundsätzlich war dies in Maßen für einen Kurort auch richtig. Der Schuldenstand war entsprechend. SG Wrestedt ein Drittel (5.361708 €), SG Bodenteich zwei Drittel, (8.739416 €) von den insgesamt 14,3 Millionen EURO.

Wer dies 10 Jahre später kritisiert und mutmaßt, dass Wrestedt schon im Vorfeld auf eine Fusion mit Bodenteich spekuliert hätte, um sich zu bereichern, dem sei empfohlen den oben angeführten Punkt "Vor den Fusionsverhandlungen" nochmals genau zu lesen. Und in Sachen Investitionsstau sei von hier nur das Drama um Bad Bodenteichs Jägerstraße genannt. Die befand sich schon vor der Fusion in einem ungepflegten Zustand und befindet sich noch immer in der Zuständigkeit des Fleckens.

Zu der Situation mit den Neubauten von Kindergärten hat manch Kritiker sehr wohl Recht, aber Kritik darf es auch hier von Seiten der CDU nicht geben. Ihre Fraktionen waren und sind in all den Jahren an der Regierung gewesen und haben offensichtliche Entscheidungen auf die lange Bank geschoben. Das Ergebnis ist bekannt.

Also auch dies bitte mit der CDU klären.

Zu dem immer wiederkehrenden Vorwurf, Bad Bodenteich zahle die Sporthalle Wrestedt mit, bleibt anzumerken, dass diese Regelung in den Fusionsverträgen von der CDU so geregelt wurde, weil Bad Bodenteich über eine vom Landkreis Uelzen finanzierte Sporthalle verfügt.

Und wie verhält es sich dann eigentlich mit dem Waldbad, das bis heute von der Samtgemeinde finanziert wird? Ach so ja, in der Gerüchteküche heißt es, die bösen Wrestedter wollen es schließen. Was für ein Unsinn! Niemand hat je einen Gedanken daran verschwendet, Bad Bodenteich ohne Bad zu lassen. Außer natürlich den Wehklagenden im Flecken.

Und wo bereichert sich Wrestedt, wenn die CDU das Standesamt mit dem Standesamt Uelzen vereint, um Kosten zu sparen? Trauungen auf der Burg sind doch möglich.

Wie tritt der Flecken in Erscheinung

Überall Wildwuchs, schlechte Pflege im Flecken. Die Samtgemeinde hat Schuld? Mitnichten! Straßenunterhalt und Pflege von Anlagen sind, außer bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen Angelegenheiten der

Gemeinde. Wenn Bad Bodenteich also vermüllt, dann bitte die Kritik an die Regierenden im Flecken richten. Die Abrechnungsmethode nach dem jeweils entstandenen Aufwand, den der Bauhof hat, wurde übrigens ebenfalls von der CDU veranlasst!

Es wächst nicht zusammen, was nicht zusammengehört

In Rosche hatte man dies frühzeitig erkannt. Die Vertreter der SPD-Wrestedt waren der gleichen Meinung. Aber die finanzielle Not insbesondere der damaligen Samtgemeinde Bad Bodenteich war so groß, dass die CDU und die ihr nahestehenden damaligen Samtgemeindebürgermeister diese Fusion als alternativlos ansahen.

Liebe Leserin, liebe Leser, nun müssen wir damit umgehen, was aber nicht dadurch gelingt, dass mit Gerüchten oder schlecht recherchierten Berichten Stimmung gemacht wird. Eine Einheit kann und wird es nur geben, wenn alle an einem Strang ziehen und sich nicht einer permanent als Opfer darstellt. Und wer das nicht will, dem steht es doch frei, die Auflösung der SG Aue zu beantragen.



Waldbad in Bad Bodenteich

Ach so, dann ist man ja nicht mehr Opfer und muss sich beweisen.....





Lesen Sie dazu auch auf der Webseite:- spd-samtgemeindeaue.de - einen Artikel von Lutke Ebeling aus Lehmke zum Thema "10 Jahre Samtgemeinde Aue."

Kirsten Lühmann tritt nicht wieder an

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, seit elf Jahren vertrete ich die Menschen im Wahlkreis Celle-Uelzen im Bundestag. Das habe ich immer mit vollem persönlichen Einsatz und Leidenschaft getan. Die Zusammenarbeit mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, hat mir immer riesigen Spaß gemacht und es gibt viele gemeinsame Erlebnisse, die ich nicht missen möchte.

Dank Ihrer Anregungen habe ich den Wahlkreis von ganz neuen Seiten kennenlernen dürfen, und wir konnten manche Steine - mal mehr, mal weniger schnell - aus dem Weg räumen.

Deshalb ist es mir heute besonders wichtig, Ihnen persönlich mitzuteilen, dass ich im nächsten Jahr nicht wieder für den Deutschen Bundestag kandidieren werde.

Mit 57 Jahren kann frau auch noch einmal etwas Neues anfangen, das Leben umkrempeln, Versäumtes nachholen.

Kurz und gut, Sie haben mich kennen gelernt: ich mache meine Arbeit gern ganz oder gar nicht. Mit zunehmendem Engagement habe ich mich der Verkehrspolitik und meinen anderen "Steckenpferden", dem Kampf gegen rechte Strukturen und für volle Geschlechtergerechtigkeit, gewidmet. Mit meiner Funktion beim Beamtenbund habe ich in den letzten Jahren auch die Zeiten vollgestopft, die im Terminkalender noch leer waren und eigentlich für das Aufladen meines Akkus dienen sollten.

Ich habe für mich ent-



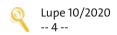
schieden, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, im Bundestag aufzuhören um mich wieder mehr der Familie und der Gewerkschaftsarbeit widmen zu können! Wenn ich Sie und Ihre Unterstützung nicht gehabt hätte, wäre meine Arbeit in dieser Qualität nicht möglich gewesen. Auch dafür meinen herzlichen Dank!

Jetzt haben wir aber noch zwölf intensive Monate vor uns, in denen ich mit Ihnen für die Menschen in der Region und auch für unsere SPD noch das eine oder andere bewegen möchte!

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge

Ihre

k lihmanm



Wir sprechen über Europa

mit Bernd Lange, MdEP



Zur Person:

Bernd Lange (SPD) ist von 1994 bis 2004 und ab 2009 wieder Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 2014 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel (INTA).

Mehr europapolitische Informationen bekommen Sie im Newsletter von Bernd Lange: https://bernd-lange.de/newsletter

Lupe: Im Juni hat Deutschland den EU Ratsvorsitz für 6 Monate übernommen. Was bedeutet das und welche Schwerpunkte werden bei der Arbeit gesetzt?

Bernd Lange: Deutschland muss bis zum Ende des Jahres noch mehr als sonst Motor und zugleich Moderator in der Europäischen Union sein. Ich erwarte von der Bundesregierung neue Impulse für Europa. Das betrifft natürlich vor allem drei drängende Themen: Den EU-Haushalt, den Wiederaufbau nach Corona sowie den Brexit.

Aber ein Thema, das mir als Handelspolitiker am Herzen liegt und bei dem die Bundesregierung vorangehen sollte, ist ein europäisches Lieferkettengesetz. Es ist Zeit, dass Menschenrechte und Nachhaltigkeit im globalen Handel nicht mehr der unternehmerischen Freiwilligkeit überlassen werden.

Vor März 2020 wäre wohl der nahende Brexit das beherrschende Thema dieses Interviews gewesen. Der

Brexit scheint zu kommen und keiner regt sich mehr auf? Was ist das derzeit wahrscheinlichste Szenario?

Ein umfassendes Abkommen, wie es die EU und das Vereinigte Königreich in ihrer politischen Erklärung im November 2019 angekündigt haben, ist sehr unwahrscheinlich geworden. In wichtigen Fragen wie den gemeinsamen Standards, dem sogenannten "level playing field", stellt sich die britische Regierung quer und bezieht eine Position der Rosinenpickerei. Das britische Parlament als korrigierende Institution ist nahezu lahm gelegt.

Boris Johnson wird den harten Brexit durchziehen.

Es sieht also danach aus, dass Boris Johnson den harten Brexit durchziehen wird. Wahrscheinlich ist, dass es eine Reihe kleinerer Abkommen zu spezifischen Fragen, beispielsweise der Fischerei – was auch besonders für Niedersachsen relevant ist – geben wird. Wie mit den USA werden wir auch mit dem Vereinigten Königreich kein umfassendes Partnerschaftsabkommen haben.

Das ist für die EU sicher kein Weltuntergang, birgt aber insbesondere für die britische Wirtschaft große Risiken. Solange es keine anderen Regelungen gibt, wird das Königreich vom Zugang zum EU-Binnenmarkt auf die WTO-Regeln zurückfallen. Das bedeutet: Zölle und Kontrollen ab 2021.

Meine Prognose ist, dass Großbritannien den größten Souveränitätsverlust seiner Geschichte erleben wird. In der stürmischen See der Globalisierung können wir nur gemeinsam unseren europäischen Kurshalten, nationale Alleingänge werden sich langfristig nicht auszahlen.

Trotz Brexit überschattet die durch die Corona-Pandemie verursachte Krise alles. Der Gipfel der Staatschefs im Juli hat sehr deutlich die Gräben innerhalb der EU aufgezeigt u.a. auch bei dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Brauchen wir eine neues Konzept z.B. ein "Kerneuropa" um mit der EU wieder voran zu kommen?

Die Verstöße gegen die Rechtstaatlichkeit, wie wir sie in Polen und Ungarn beobachten, sind völlig inakzeptabel. Hier erwarte ich von der EU-Kommission nicht nur eine klare Haltung, sondern auch den Mut und den langen Atem, um wirksame Mechanismen zur Durchsetzung der Rechtstaatlichkeit auf den Weg zu bringen.

Ich halte eine Trennung der EU in unterschiedliche Geschwindigkeiten für nicht zielführend.

Die Einigung der Staats- und Regierungschefs reicht dazu nicht aus: Statt eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur Bedingungen für Haushaltskürzungen zu machen, sollte nur eine Zwei-Drittel-Mehrheit ein Veto gegen solche Maßnahmen einlegen können. Erst damit wäre die Regelung vom Kopf auf die Füße gestellt.

Trotz dieser Probleme halte ich eine Trennung der EU in unterschiedliche Geschwindigkeiten für nicht zielführend. Insbesondere in Polen sehen wir eine aktive Zivilgesellschaft, die sich gegen den autoritären Umbau des Staats wehrt.

Die jüngste Präsidentschaftswahl hat das belegt. Statt weiter auseinanderzudriften müssen wir die klare Kante gegenüber den nationalen Regierungen mit einer Stärkung der europäischen Demokratie verbinden. Insbesondere in der Frage des Haushalts muss das Europäische Parlament mit klaren Positionen in die Verhandlungen gehen und den Fokus weg von nationalen Interessen, hin zu europäischen Lösungen lenken.

Ein weiteres wichtiges Thema: Flüchtlingsbewegungen. Für eine Lösung bei der Flüchtlingsfrage hat die EU auch mit der Türkei zusammengearbeitet. Eine offensichtlich schwierige Partnerschaft mit einem zunehmend autoritären türkischen Präsidenten. In der Vergangenheit entstand sogar der Eindruck die EU sei erpressbar. Wie sollte man mit diesen Ländern umgehen?

Das Recht auf Asyl ist keine Verhandlungsmasse. Trotzdem setzt die Türkei es als solche ein. Das Europäische Parlament hatte im Kontext des EU-Türkei-Deals ausdrücklich vor solchen Erpressungsversuchen gewarnt. Alle Hebel der EU und der NATO müssen eingesetzt werden, um der Türkei klarzumachen, dass dieses fiese Spiel nicht aufgeht.

Darüber hinaus trägt die Türkei mit ihrem Einmarsch in Syrien zur Entstehung von Fluchtursachen bei. Es braucht daher eine UN-Mission, um das Leid in Syrien zu stoppen. Die Türkei erweist sich auch angesichts des Streits um die geplante Gaspipeline Eastmed im Mittelmeer als schwieriger Partner.

Hier müssen für Europa drei Grundsätze gelten: 1. Die Sicherheit unserer Mitgliedstaaten garantieren.

- 2. Keine Erpressung zulassen.
- 3. Vermittelnd auf die unterschiedlichen Interessen

einwirken, um das Säbelrasseln durch Verhandlungen zu ersetzen. Mit Blick auf Libyen gilt ebenfalls, dass Rechtstaat und Menschenrechte nicht der europäischen Abschottung zum Opfer fallen dürfen.

Die Türkei trägt mit ihrem Einmarsch in Syrien zur Entstehung von Fluchtursachen bei.

Ein sicherer Zugang zu Asylverfahren und eine menschenwürdige Unterbringung können in Libyen nicht sichergestellt werden. Einen Deal wie mit der Türkei mit Libyen zu schließen, wäre daher absolut inakzeptabel.

Nehmen wir mal an es ist die Silvesternacht 2020 / 2021, welche Wünsche hast Du im Hinblick auf Europa für das kommende Jahr?

Ich wünsche mir, dass die europäische Politik aus der Corona-Krise gelernt hat und von der akuten Krisenbewältigung zur Krisenprävention übergeht. Entscheidend ist dabei unsere Handelspolitik neu auszurichten. Unsere Lieferketten müssen stabiler und nachhaltiger werden. Das habe ich in meinem Impulspapier "Handelspolitik in Zeiten der Corona-Pandemie" ausführlich beschrieben. Kostenminimierung darf nicht mehr das allesbestimmende Kriterium sein.

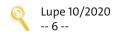
Ein konkreter Wunsch wäre deshalb ein europäisches Lieferkettengesetz. Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte, Umweltstandards und Stabilitätskriterien in globalen Lieferketten wären dann nicht mehr eine Frage des guten Willens, sondern verpflichtend für alle Unternehmen, die den Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten wollen. Als größter Markt der Welt würden wir damit großen Einfluss auf die Zukunft der Globalisierung nehmen.

Darüber hinaus wünsche ich mir natürlich, dass im Jahr 2021 wieder Normalität – im persönlichen wie im politischen Alltag – einkehrt und wir wichtige Herausforderungen, die von der aktuellen Krise überdeckt werden, angehen können.

Das Interview haben wir exklusiv für die Lupe geführt. Eine ungekürzte Version des Interviews finden Sie unter www.spd-samtgemeinde-aue.de.

Philipp Ebeling





Wrestedt: Straßenausbausatzung ist unsozial und für Eigenheimbesitzer inzwischen unbezahlbar!



Die Baukosten im Tiefbau sind in den vergangenen Jahren explodiert. Die Wirtschaft boomt, und die Baupreise steigen jährlich

stetig, zum Teil im zweistelligen Prozentbereich. Zugleich müssen Straßen nach Jahren der Nutzung und auch z.T. unzulänglicher Unterhaltung nun saniert werden. Dies gilt natürlich auch für Straßen in unseren Ortschaften. Derzeit werden Anlieger bei der Sanierung der Straße mit einem hohen Prozentsatz an den Kosten der Straßenbaumaßnahme beteiligt.

Diese Situation bringt manchen Eigenheimbesitzer an den Rand des Ruins! Nicht selten werden inzwischen fünfstellige Anliegerbeiträge für die Sanierung ihrer Straße gefordert.

Oft sind es ältere Menschen, die ihre ersparte Altersvorsorge dafür aufwenden oder sich über Jahrzehnte verschulden müssen. Natürlich sind auch jüngere Familien, die ältere Häuser gekauft haben, betroffen. Dieser Zustand erscheint vielen Menschen in



Deutschland unhaltbar. Dies ist der Grund dafür, dass landauf, landab in immer mehr Kommunen die Straßenausbausatzungen abgeschafft und anstehende Sanierungen über die Grundsteuer finanziert werden.

Leider hat es die niedersächsische Landesregierung bisher nicht geschafft, hier ein praktikables und realistisches Konzept vorzulegen.

Den Gemeinden bleibt also nur der Weg über die Abschaffung der Straßenausbausatzung und die gleichzeitige Anhebung der Grundsteuersätze. Damit wird ein Großteil der Kosten auf alle Grundeigentümer umgelegt.

In der Gemeinde Wrestedt hat die SPD zusammen mit den Grünen die Weichen bereits im Jahr 2019 mit einem entsprechenden Antrag gestellt. Wir wollen dieses wichtige Thema noch in dieser Wahlperiode abschließen.

Die CDU hat dazu aktuell angekündigt, dass sie die Abschaffung der Straßenausbausatzung im Falle eines Wahlsieges der CDU bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr wieder rückgängig machen würde.

Es ist daher an Ihnen, liebe Leserinnen, liebe Leser, zu entscheiden, wer Ihre Interessen nach der nächsten Wahl angemessen vertritt.

Andreas Dobslaw

Kindertagesstätten in der Samtgemeinde Aue

Wie groß ist der Bedarf an Betreuungsplätzen in den Krippen und Kindergärten in der Zukunft? Wir Sozialdemokraten gehen mittel- und längerfristig davon aus, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen weiter hoch sein wird. Eines wird jetzt schon klar: Ohne Baumaßnahmen an den drei Standorten Bad Bodenteich, Wieren und am Mittelweg in Wrestedt wird es in Zukunft keine ausreichenden Betreuungsplätze in unserer Samtgemeinde geben. Deshalb ist es wichtig, eine realistische und zu-

kunftsorientierte Planung für den Bedarf an Krippenund KiTa-Plätzen zu erarbeiten. Die Ratsgremien der Samtgemeinde Aue haben die Verwaltung beauftragt, einen Kindergartenbedarfsplan zu erarbeiten und vorzustellen.

Anregungen und Änderungswünsche an der Planung kamen auch von einer bestehenden Arbeitsgruppe "Bedarfsplanung". Sie wurden von der Verwaltung berücksichtigt. Dieser Plan wurde dem Jugend- und



Rückansicht des Kindergarten Wrestedt

Sportausschuss der Samtgemeinde, den Leiterinnen der Kitas, den Elternvertretungen und den Betreibern der Tagesstätten, DRK und Kirchenkreisamt, vorgestellt.

Für die Unterbringung der Kinder in Krippen und Ki-Tas werden für die vorhersehbaren Baumaßnahmen hohe Investitionen notwendig sein. Daher werden bis zur endgültigen Entscheidung weitere Beratungen in den verschiedenen Gremien stattfinden.

Die Grundschulstandorte sollten auch wie bisher Orte der Kinderbetreuung bleiben.

Bei den Entscheidungen über den Bedarf sollten die Gruppen kleiner geplant werden. Heute können bis zu 25 Kinder von zwei Erzieherinnen in einer Gruppe betreut werden. Dies ist ebenso wie die Einrichtung von reinen Nachmittagsgruppen nicht mehr zumutbar.

So könnte unsere Samtgemeinde auch weiterhin für junge Familien attraktiv bleiben.

Herbert Rathje

Bad Bodenteich

Landkreis Uelzen

Weitere detaillierte Information zum Thema finden Sie unter folgendem Link:

https://spd-samtgemeinde-aue.de/meldungen/zur-aktuellen-situation-kita-und-krippen-in-der-sg-aue-juni-2020-1

Bahnsteige ohne Sitzgelegenheiten machen wenig Sinn

Vor einigen Wochen bekam der SPD-Ortsverein im Rahmen einer Bürgerbefragung den Hinweis einer Bürgerin. Der Bahnsteig am Bahnhof Bad Bodenteich sei saniert, aber eine Sitzgelegenheit leider nicht montiert worden.



Bahnsteig in Bad Bodenteich - auch Kirsten Lühmann (Aufsichtsratsmitglied der DB AG) kann nicht verstehen, warum die DB es nicht schafft, für eine Sitzgelegenheit zu sorgen

Die wartenden Reisenden müssen aktuell den Bahnsteig verlassen, um eine Sitzgelegenheit zu finden. Beim Einfahren des Zuges müssen sie wieder zum Bahnsteig eilen. Dies ist nicht nur für einen Kurort ein unhaltbarer Zustand!

Glücklicherweise konnte in Zusammenarbeit mit Samtgemeindebürger-

meister Müller sehr kurzfristig ein Gespräch mit der Deutschen Bahn anberaumt werden. Dort wurde

sofort auch Unterstützung signalisiert.

Das Anliegen wurde daraufhin im Hause "Deutsche Bahn" zeitnah an den zuständigen Sachbearbeiter weitergeleitet. Und nun bleibt abzuwarten, wann die Deutsche Bahn reagiert, vor allem aber, wie sie reagiert.

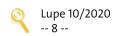
Nur eines ist schon heute sicher: An den Kosten für die Bank wird dieses Vorhaben sicher nicht scheitern, denn die SPD vor Ort hat angeboten, die Kosten zu übernehmen.

An dieser Stelle gilt mein persönlicher Dank Frau Holtorp von der Deutschen Bahn für ihre Unterstützung, die hoffentlich zu einem positiven Ergebnis führt.

Andreas Dobslaw

PS.: Viel lieber wäre mir aber der Abschlusssatz: An dieser Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei Frau Holtorp und Herrn für den angekündigten/erfolgten Aufbau einer Bank.





Wohnmobilstellplatz an der Schleuse Esterholz – Die unendliche Geschichte

Mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, da hatte die SPD-Ratsfrau und stellvertretende Bürgermeisterin in Wrestedt die Idee, die Schleuse in Esterholz touristisch aufzuwerten. Sie schlug die Anlage eines Wohnmobilstellplatzes vor.

Damals schlug ihr heftiger Gegenwind und ziemlicher Unmut von Seiten der Verwaltung entgegen. Die Angelegenheit verlor sich zunächst im Sande.

Viele Jahre später war es wieder die SPD, die das Thema auf die Tagesordnung holte und wieder auf wenig Gegenliebe seitens der Verwaltung stieß. Im zweiten Und man ahnt es: Es gab Widerspruch und Argumente wie, "die Betreuung sei schwierig, weil nicht leistbar", "die Kosten seien zu hoch" und überhaupt sei das alles auch irgendwie überflüssig. Diese Abwehr der Verwaltung hatte schon zweimal funktioniert und dem zuständigen Leiter die ach so "überflüssige und nutzlose Arbeit" erspart.

Damit ist nun Schluss!

Aktuell ist die Verwaltung beauftragt, die Kosten für einen Strom- und einen Wasseranschluss zu ermitteln.



Verwaister Wohnmobilstellplatz an der Esterholzer Schleuse

Anlauf führten die Bemühungen aber zumindest dazu, dass der Wohnmobilstellplatz mit Schildern offiziell ausgewiesen wurde.

Seither führte er ein relativ trostloses Dasein. Nutzer beklagen, dass es weder Frischwasser noch Strom gibt. Ein gepflegtes Erscheinungsbild sucht man oft vergebens.

Und erneut zog die SPD-Fraktion, diesmal zusammen mit den GRÜNEN, 2018 in den Kampf gegen Unlust und Fehleinschätzung und forderte mit einem gesunden Haushalt im Hintergrund, das langjährige Anliegen endlich zu einem guten Abschluss zu bringen.

Impressum Sozialdemokratische Partei Deutschlands 29525 Uelzen Lüneburger Straße 42 Tel. 0581-5281

Ortsverein Samtgemeinde Aue H. Rathje info@spd-samtgemeinde-aue.de

Andere Kommunen verdienen seit Jahren Geld mit Wohnmobilstellplätzen, machen zumindest kein Minus und steigern so die Attraktivität ihrer Gemeinde. Ein Trend, der seit langem absehbar war und aktuell sogar von der HeideRegion, die die Schleuse als HotSpot der Region vermarktet, bestätigt wurde. Diese hat festgestellt, dass der Wohnmobiltourismus auch im Landkreis Uelzen boomt und bedingt durch die derzeitige Pandemie sogar hohe und wohl auch

nachhaltige Zuwachsraten aufweist.

Bleibt als Antwort also nur die Feststellung, dass der zuständige Fachmann in der Verwaltung die Situation seit Jahrzehnten völlig falsch eingeschätzt hat, obwohl es über Jahre objektive Anhaltspunkte dafür gab, zu einem positiven Urteil zu gelangen.

Damit Wrestedt nicht komplett abgehängt wird, gilt es nun, nach mehr als zwei Jahrzehnten, das Projekt zur Förderung des Tourismus nach vorne zu bringen und erfolgreich abzuschließen, auch wenn es dem einen oder anderen in der Verwaltung nicht gefällt.

Andreas Dobslaw

... weitere interessante Informationen und Meinungen finden Sie auf unserer Webseite www.spd-samtgemeinde-aue.de.

Viel Spaß beim Lesen.